

Schittich, Ingrid (2011): Nachgespürt. Anmerkungen zur Herbsttagung von AWC.

„Die Zuhörerinnen und Zuhörer entwickelten zunehmend eine kollektive Empfindung des Entsetzens und der Ohnmacht angesichts des Gehörten“.

Die knappe Formulierung im Online-Bericht über die Tagung von AWC Deutschland e.V. (23.-25. September) deutet an, welche inneren Bewegungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgelöst wurden. Im Folgenden, fast vier Wochen danach geschrieben, halte ich ein paar Eindrücke und Emotionen fest.

Nach den Vorträgen der Referenten konnte man das beklemmende Gefühl haben, in einem Dornröschenschlaf gewesen zu sein, in den uns eine träge Demokratietraulichkeit sanft hatte hineingleiten lassen. Doch beim Erwachen dämmert es, zuerst langsam, dann aber wird die bisher vernebelte Tatsache zur zusehends glasklaren, beißenden Wirklichkeit: Das eigentliche Weltgeschehen wird keineswegs von uns bestimmt oder auch nur annähernd ernsthaft beeinflusst. Mit „uns“ meine ich die Bürgerinnen und Bürger eines, z.B. unseres Landes.

Die Inszenierung falscher Wirklichkeiten und die Realität der Opfer

Da kann eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegen den Einsatz von Soldaten und Soldatinnen der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan sein. Die politische Klasse kümmert sich darum nicht.

Oder erinnern wir uns an den Irakkrieg 1991. Die von einer PR-Agentur damals inszenierte Vorstellung vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses, wo eine junge falsche Augenzeugin unter künstlichen Tränen die unwahre Geschichte erzählte, irakische Soldaten hätten in Kuwait Babys aus Brutkästen herausgenommen und auf dem kalten Boden sterben lassen. Dem folgte der Beginn des Irakkrieges im Januar 1991. Die Öffentlichkeit ließ sich einlullen, glaubte diese Lüge¹. Das kostete vielen zehntausend Menschen in den Kriegsgebieten, Zivilisten und Soldaten und Soldatinnen, das Leben. Dem folgten Jahre lang jährlich bis zu 100.000 Ziviltote durch Wirtschaftssanktionen, die nach Kriegsende über den Irak verhängt wurden. Diese Toten waren in großer Zahl Babys und Kinder.

Die, die in diesen Kriegen überlebt haben, trugen oft schwere Kriegsverletzungen davon, wurden verstümmelt, traumatisiert. Sie dürfen über das, was sie gesehen und erlebt haben, nicht reden, auch nicht über das, was sie anderen angetan haben in der offensichtlich ganz normalen Hölle des Krieges.

Trotzdem geht das Spiel, wie man militärisches „Eingreifen“ in andere Länder rechtfertigt, unbehelligt weiter. Manchmal schwer, manchmal leicht zu durchschauen.

Nur hat heute der „Kampf gegen den Terrorismus“ den „Kampf gegen den Kommunismus“ als Schlagwort abgelöst, ein Feindbild ist gegen das andere eingetauscht worden.

In geheimen Einsatzkommandos und Söldnerheeren - an den Parlamenten vorbei - werden Menschen weiter zu Tötungsmaschinen abgerichtet, wozu schon Immanuel Kant im Jahre 1795 feststellte:

¹ vgl. wikipedia zu „Brutkastenlüge“, dort Einzelnachweise Nr. 1

„ ... dass zum Töten oder getötet zu werden in Sold genommen zu sein, einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen in der Hand eines anderen (des Staats) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen lässt“.²

Mir scheint, wir sind mit vielem weit hinter Kant und die Gedanken der Aufklärung zurück gefallen.

Die Menschen glauben weiter den Konstrukten der Geheimdienste, ihrer in der Nichtöffentlichkeit ausgeheckten „Rezepte“, wie man Feinde kreiert. Wenn dies wieder einmal gelungen ist und irgendwo militärisch eingegriffen wird – stets im Namen von Freiheit, von Demokratie, von Menschenrechten, so wird uns vorgelogen – sind die Opfer wieder dieselben: Die Menschen in den Kriegsgebieten, die Soldaten und Soldatinnen, die Zivilbevölkerung. Die Nutznießer der Kriege sind stets weit weg. Es sind u.a. die Betreiber der sog. Waffenschmieden dieser Welt – Deutschland steht auf Platz 3 der Liste der Rüstungsexporteure – und es ist die Wirtschaft, die sich die Ressourcen der anderen militärisch sichern lässt.

Terroristen, das sind die, die in der Regel keine Armeen, keine Spezialkräfte zur Verfügung haben, keinen Spionageapparat. Das sind die, die in wahnwitziger Entschlossenheit ihre eigenen Körper in die Luft sprengen in der Hoffnung, andere mit in den Tod zu ziehen. Sie nehmen den eigenen Tod in Kauf um ein Ziel zu erreichen, das über den Wert ihres eigenen Lebens hinausgeht. Welche Ziele sind das? Es ist ja nicht lustig, den eigenen Körper und die Körper anderer Menschen zu zerfetzen. Niemand fragt: „Warum?“ Brächte uns diese Frage nicht einer Antwort und einer Lösung näher als alle Folterlager, die der Westen betreibt oder stillschweigend duldet? Folter ist pure Barbarei. Hat man nicht irgendwann einmal von der Kultur des Abendlandes gesprochen? Woran ist sie erstickt?

Der tödliche Reigen von Macht, Gier, Speichelleckerei und Korruption

Die gegenwärtige sog. Finanzkrise scheint mir ebenfalls ein Spiegel unserer Gesellschaft zu sein. Wieder hatten Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang keine Vorstellung von dem, was sich in den bis dahin als seriös geltenden Banken alles abspielt. Zocker und Glücksritter im Verbund mit unfähigen Staatssystemen treiben das sog. „Volk“ in den Ruin. Wie tief kann denn der Schlaf von Politikerinnen und Politikern sein, dass sie über die Jahre nichts bemerken, nichts von dem Desaster, das sich anbahnte?

Die politische Klasse will die Märkte nicht beunruhigen oder gar erschrecken. Der „Markt“ scheint ein religiöses Individuum zu sein, dessen Zorn man meiden, dessen Wohlwollen man demütig erleben kann. Politikerinnen und Politiker hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht zu denken anfangen. Das Wort „Denkverbot“ taucht im politischen Diskurs auf. Aktuell versuchen Merkel und Sarkozy sich über den Tisch zu ziehen bei dem Versuch, ihre jeweiligen Banken zu retten. Kommt es ihnen nicht in den Sinn, vielleicht mal bei der Wissenschaft anzuklopfen? Da gibt es exzellente Professorinnen und Professoren, es gibt hervorragende Institute, und dort kennt man sogar Begriffe wie „Wirtschaftsethik“. Aber all diese kommen wohl zu

² Kant, Immanuel, Zum ewigen Frieden, S. 5, Stuttgart 1984

Lösungen, die der Politik nicht genehm sind. Nicht zu bremsende Geldgier zerdrückt den letzten Funken von Moral und Ethik. Tiefer kann ein Staatsgebilde, das sich gern demokratisch und frei nennt, wohl nicht sinken.

Wir befinden uns, so glaube ich, in einem tödlichen Reigen von Macht, Gier, Speichelleckerei und Korruption. Die Spekulantinnen und Spekulanten reichen der Inkompetenz und der Korruption die Hand zum Tanz. So wie die Politikerinnen und Politiker schon lange zackig beim Stampfen der Militärmusik mittanzen, so tanzen sie auch diesen neuen Reigen mit. Ein wenig unsicher zuerst, weil sie die Tanzschritte noch nicht so genau kennen, aber sie tanzen mit. Die Triebfedern ihres Tuns sind die gleichen wie die Triebfedern, die die Wirtschaft und die Spekulanten antreiben: Macht und Geld. Diese menschlichen Hamsterkönige, die wie ihre tierischen Kollegen - zumindest wie die in Gefangenschaft - im ständig sich drehenden Laufrad dem Profit nachjagen, ewig außer Atem, ewig den Blick gesenkt auf die eigenen Füße, auf das eigene Vorwärts-Kommen konzentriert. Sie können keine sinnvollen Gedanken dabei fassen, können beim ewigen Auf-der-Stelle-Rennen keine zwischenmenschlichen Werte wie Solidarität oder gar Empathie entwickeln.

Keine Visionen in Sicht

Das hat Folgen. An andere Menschen denken? Etwa gar an die nächste Generation, an unsere Kinder und Enkel? Nein. Nichts zählt außer dem eigenen Lauf im Hamsterrad. In der Politik gibt es keine ernst zu nehmenden Visionen oder Pläne für die Gegenwart oder gar für die Zukunft. Man braucht nicht zu erwähnen, dass Natur und Umwelt dabei keine Chancen haben. Deren Schutz verträgt sich nicht mit Profit.

So weiß man z.B. heute, dass morgen viele Länder infolge der Klimakatastrophe überschwemmt sein werden. Wo sind heute die Evakuierungspläne für morgen?³ Wo werden heute neue Lebensgrundlagen für die Menschen bereit gestellt, die morgen die neuen Flüchtlingsströme sein werden?

Man spricht lieber nicht von der Klimakatastrophe, man bevorzugt das sanft klingende, eigentlich schöne Wort „Wandel“. Klimawandel statt Klimakatastrophe. Und man wird sehr erstaunt sein, wenn Natur und Umwelt nicht mehr von uns steuerbar sein werden. Denkt man an die globalen sozialen Auswirkungen der Klimakatastrophe, wird mir wieder das Zitat aus einem Report der Vereinten Nationen vor drei Jahren, das wir bei der Tagung gehört haben, wieder gegenwärtig: „The rich will live a bit less comfortable. The poor will die...“

Der südafrikanische Bischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu sieht eine weltweite ökologische Apartheid voraus. Und Desmond Tutu weiß, wovon er spricht, wenn er diesen Ausdruck gebraucht. Die von ihm erlebte Apartheid in Südafrika war gekennzeichnet von Menschenverachtung, von Grausamkeit, von Missachtung des Lebens. Solidarität und Empathie waren auch da Fremdwörter.

Die Ängste der politischen Klasse

Politikerinnen und Politiker, und ich komme zum politischen Stil in unserem Land

³ Der Vorschlag des russischen Präsidenten, Japaner mögen nach dem Erdbeben in Sibirien siedeln, war ansatzweise ein Gedanken in diese Richtung <http://www.welt.de/vermischtes/weltgeschehen/article12882541/Medwedew-bietet-Japanern-Leben-in-Sibirien-an.html>, wurde wohl von absolut niemandem ernst genommen und nicht einmal karikaturistisch verarbeitet.

zurück, warten auf die nächsten Bezüge, die sich auf ihren Konten häufen. Sie müssen nur weiterhin in ihrem Amt bleiben. Denn sollte eine Partei die Regierungsmehrheit verlieren, so fallen auch lukrative Posten und der gierigen Seele angenehm schmeichelnde Vergünstigungen wie das Leben mit BahnCard 1.Klasse und Flugdiensten der Bundeswehr weg. Also achtet man auf die nötigen Mehrheiten, die man „braucht“. Das Denken reicht nur bis zur nächsten Legislaturperiode und nicht darüber hinaus.

Der wichtigste Platz für sie ist der sichere Listenplatz auf der nächsten Kandidatenliste zur Wahl des Bundestags. Deswegen gibt es in den Parlamenten keine tiefergehenden Diskussionen, keine abweichenden Ansichten, allenfalls mal von Polit-Veteranen, die nichts mehr zu verlieren haben. Fraktionszwang statt Gewissen. Billiger Banalstreit vor einem leeren Sitzungssaal, man brüllt sich undiszipliniert gegenseitig nieder, die Fernsehkameras blenden diskret die leeren Stuhlreihen aus. Andererseits dann hochmütiges Gebaren gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Man spricht in den Parlamenten gern von „den Menschen da draußen“, denen man die eigene Politik und die eigenen Ziele „schmackhaft machen“ muss. Nicht etwa, dass das Wahlvolk anfangen sollte mit zu diskutieren. Das ist damit nicht gemeint. Man muss, so heißt es, die Menschen „mitnehmen“. Die politische Klasse behandelt ihre Bürgerinnen und Bürger wie unmündige Kinder und ist gleichzeitig auf das Wohl einer ganz anderen Klientel bedacht.

Politisches Engagement kann und soll sich nicht entwickeln

Mir scheint, eine Kluft tut sich auf zwischen der Finanz- Militär-und Politikklasse auf der einen Seite und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Dabei hätten Bürgerinnen und Bürger sehr wohl Vorstellungskraft und Ideen, wie sich alles sinnvoll ändern könnte.

Ein befreundetes Paar in der Region, in der ich lebe, Handwerkerin und Handwerker, entwerfen mir im Gespräch im Handumdrehen ein Dorf, in dem die Menschen gesund und nach ökologisch sinnvollen Prinzipien leben könnten. Sie analysieren die selbstzerstörerischen Mechanismen, wie sie sie nennen, in die die Politik die Menschen treibt. Was sie sagen, zeugt bei Weitem von mehr Substanz als die meisten Reden der politischen Klasse, die im Grunde gut dafür bezahlt wird, dass sie sich sachgerecht informiert und nachdenkt.

Doch die beiden haben einen harten Arbeitstag, müssen in einer kompetitiven Gesellschaft zurecht kommen, haben Familie. Und die beiden wissen auch, dass sie eigentlich nichts wirklich bewegen können. Zuviel Arbeit, zuviel Stress. Viele andere arbeiten in einem mörderischen Drei-Schichten-Rhythmus. Angst vor Entlassungen, vor Arbeitslosigkeit lähmt die Menschen und bringt sie dazu, sich unter fast alles zu unterwerfen. Wie soll sich da politisches Engagement entwickeln? Ein bisschen Party, ein bisschen Familiengeburtstage, mehr geht nicht. Wie anders sollen sie überleben? Wo soll die Kraft herkommen? Woher die Zeit, sich über vielschichtige Themen zu informieren, Standpunkte abzuwägen, selbständige Entscheidungen zu treffen?

Unsere Gesellschaft ist darauf angelegt, dass die einzelnen nichts beeinflussen können, dass sie nicht zu Störfaktoren im Treiben der Oberschicht werden, sondern von oben entgegennehmen, was kommt. Damit müssen sie einfach zurechtkommen.

Wer rettet die Menschen vor der Politik?

Fassen wir zusammen: Wir leben in einer schrill zweigeteilten Gesellschaft. Finanzmacht und Militär halten die Politik als Spielkarte in der Hand im Pokerspiel um Macht und Herrschaft und als offiziellen Garanten ihrer Interessen. Auf der anderen Seite stehen „die Menschen da draußen“, die Bürgerinnen und Bürger, die als nützliches Wahlvolk mit Lügen und Verschweigen von Wahrheiten manipuliert werden. Die Bürgerinnen und Bürger, deren Leben wenig zählt.

Die Frage ist nun: Wer rettet die Menschen vor der Politik? Wer gibt ihnen ihre Würde zurück?

Hoffnungsschimmer kommen von eben diesen Bürgerinnen und Bürgern selbst. Es gibt immer mehr Menschen, die Zivilcourage zeigen, die sich zusammenschließen, die zu einer Art Gegenöffentlichkeit werden. Sie sind, soweit ich sehe, das einzige Gegengewicht gegen die verfehlte Politik. Sie verleihen Begriffen wie Ethik und Empathie wieder Stellenwert und Raum und halten sie den Herrschenden vor Augen. Jüngstes Zeichen für die wachsende Entschlossenheit von Bürgerinnen und Bürgern, für sich und ihre eigenen Interessen einzutreten, ist die „Occupy Wall Street“ – Bewegung. Diese Bewegung kommt aus den USA und breitet sich mit großer Schnelligkeit in vielen Ländern aus. „We are the 99 Percent“ ist ihr Slogan. Das meint, dass sich das restliche eine Prozent der Bevölkerung Geld, Macht, und das Bestimmen über das Leben anderer unter den Nagel gerissen hat.

Es bleibt zu hoffen, dass die Menschen der Unteren Klasse, die 99%, bald entdecken, dass ihre Ausbeutung globale Züge trägt. Dass die sog. Freien Märkte nur für die Obere Klasse frei sind, dass die Spekulanten und Spekulantinnen längst weltweit spekulieren. Es bleibt zu hoffen, dass sie sehen, dass die Obere Klasse dabei ist, sich die Welt im ganzen unter sich aufzuteilen. Es bleibt zu hoffen, dass sie erkennen, dass die Untere Klasse nur eine Daseinsberechtigung hat, so lange sie in irgendeiner Funktion für die Obere Klasse nützlich ist: Als Klasse, die für die Verluste der Banken aufkommt, als Konsumentinnen und Konsumenten, als Arbeitende, als menschliches Material für die Schlachtfelder.

Es bleibt zu hoffen, dass die Untere Klasse nicht nur in Deutschland erkennt, dass es diese Unteren Klassen weltweit gibt. Es bleibt zu hoffen, dass die Unteren Klassen sich vernetzen, weil sie erkennen, dass sie gemeinsame Probleme haben und gemeinsam Lösungen suchen können.

Ein Gemeinwohl für alle ist möglich

Neues bahnt sich in der Tat an: Die Obere Klasse agiert global. Die Untere Klasse setzt ebenfalls in einem globalen Rahmen neue, andere Zeichen. Das bedeutet, dass auch sie sich über Nationalgrenzen hinweg verbindet, und dass diese neuen Ansätze eines ethischen Bewusstseins global entwickelt werden. Staaten werden dann langsam zu bloßen Verwaltungseinheiten, sie verlieren ihre Rolle als Identifikationskerne und als Objekte, als „Vaterländer“, für die man gegebenenfalls sein Leben zu opfern hat. Die Menschen werden keine Weltbilder mehr akzeptieren, die von sog. nationalen Interessen geprägt sind, sondern sie werden global denken und mit dem Fokus auf die Rechte und das Wohlergehen aller Menschen als Individuen. Die Friedensbewegung, die Anti-Atom-Bewegung, Menschenrechtsorganisationen, Umweltgruppen, Flüchtlings- und MigrantInnenschutzinstitutionen und viele andere in vielen Ländern sind auf diesem Weg.

Da wir hier auf einer Website der Weltbürger und Weltbürgerinnen sind: Ich würde mir wünschen, dass Bürgerinnen und Bürger sich immer mehr als Bürgerinnen und Bürger der einen gemeinsamen Welt begreifen, als Weltbürger und Weltbürgerinnen. Diese eine Welt gilt es gemeinsam zu schützen und zu verwalten - zu einem echten Gemeinwohl hin, und zwar zum Gemeinwohl aller Menschen als Individuen. Die Obere Klasse ist in ihrem heutigen Zustand nicht in der Lage, an ein Gemeinwohl aller auch nur zu denken.

Es wird ein langer Weg dorthin sein. Er wird damit beginnen müssen, dass wir Bürgerinnen und Bürger unser Recht einfordern, die Gesellschaft mit zu gestalten, in der wir leben. Dazu brauchen wir Zeit, Ruhe und Muße.

Das bedeutet u.a., dass unsere Arbeitswelt umgestaltet werden muss. Das bedeutet auch, dass Arbeit im Zusammenhang mit der Arbeit in anderen Gesellschaften gesehen wird, so dass überregional oder global keine ausbeuterischen Strukturen entstehen oder akzeptiert werden.

Das bedeutet aber auch, dass die Menschen das Recht und die Zeit haben nachzudenken, Zeit haben sich politisch zu betätigen und Zeit haben, sich als Individuen umfassend und frei zu entfalten.

Wenn sich die Unteren Klassen nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen und als Weltbürger und Weltbürgerinnen eine echte globale Solidargemeinschaft entwickeln, die gewaltfrei und gemeinsam für ihre Ziele arbeitet, könnte man die Jahrtausende alte Spirale von Hass und Gewalt, Unterdrückung und Elend überwinden.

Die „kollektive Empfindung des Entsetzens“, die ich anfangs zitiert habe, würde dann zu einer kollektiven Empfindung der Zusammengehörigkeit in einer sich wandelnden Welt.

P.S. Es gibt freilich auch redliche Politikerinnen und Politiker, die anders denken, die etwas riskieren, die in ihrer Arbeit bis an ihre Grenzen gehen. Einige davon kenne ich persönlich. Ihnen gehört meine Hochachtung und mein Dank.